

Von Analphabeten und Flutungen 06.10.2015

BERLIN (Eigener Bericht) - Im deutschen Polit-Establishment wird die Forderung nach einem "Aufnahmestopp" für Flüchtlinge immer lauter. Schon seit Tagen verlangen immer mehr ranghohe Politiker aus den Unionsparteien, die Grenzen für Flüchtlinge zu schließen. Am Wochenende hat sich auch der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion für einen "Aufnahmestopp" ausgesprochen und erklärt, es gebe "Grenzen der Aufnahmekapazität". Führende Medien publizieren Beiträge, in denen ein prominenter Historiker besorgt fragt, ob "wirklich keine Analphabeten", sondern nur nützliche "Ärzte und Ingenieure" in die Bundesrepublik kämen, oder in denen ein Schriftsteller vor einer "Flutung des Landes mit Fremden" warnt. Derartige Äußerungen werden von Demonstranten, die gegen Flüchtlinge protestieren, mit Genugtuung rezipiert. Allein am Wochenende gingen fast zehntausend Personen im Bundesland Sachsen gegen Flüchtlinge auf die Straßen. Die rassistische Gewalt nimmt weiter zu; die Zahl der Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte liegt bei über 60 seit Anfang 2015. Am gestrigen Montag wurde der erste tote Flüchtling in einem brennenden Flüchtlingsheim gefunden; Brand- und Todesursache war den Behörden zufolge noch unklar. Der Europarat warnt vor der Zunahme von Rassismus in Deutschland.

Grenzen deutscher Toleranz

Bereits seit Tagen dringen führende Politiker aus den Unionsparteien immer energischer darauf, die deutschen Grenzen für Flüchtlinge zu schließen. "Wir haben die Kapazitätsgrenze erreicht", erklärte am Wochenende beispielsweise der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU): "Mehr geht nicht mehr." [1] Seine Regierung werde diese Woche "entsprechende Beschlüsse fassen"; andernfalls drohe ein "Kollaps mit Ansage". Seehofer erhielt dabei erstmals Unterstützung von einem Spitzenpolitiker der SPD. Bundeskanzlerin Angela Merkel müsse "deutlich ... sagen, dass mit einer Million Flüchtlinge in diesem Jahr unsere Möglichkeiten bei der Aufnahme nahezu erschöpft" seien, ließ sich der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Thomas Oppermann, zitieren: Es gebe "Grenzen der Aufnahmekapazität". [2]

"Keine Bereicherung"

Begleitend publizieren führende Medien zunehmend Meinungsbeiträge prominenter Personen, in denen eine Abkehr von der gegenwärtigen Aufnahme von Flüchtlingen verlangt wird. Bereits Mitte September hatte sich etwa der Historiker Jörg Baberowski in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung beschwert, "niemand" habe die Frage gestellt, ob "wir" die "jährliche Einwanderung von 500.000 Menschen" überhaupt "bewältigen wollen". Baberowski stellte weitere Fragen: "Warum soll eigentlich ein Einwanderer gratis erhalten, wofür diejenigen, die schon hier sind, jahrzehntelang hart gearbeitet haben?" Politiker erklärten stets, "es kämen Ärzte und Ingenieure", die Deutschland dringend benötige. Aber "kommen wirklich keine Analphabeten"? Baberowski fuhr fort: "Ist jeder Einwanderer eine Bereicherung? Wer einen Blick nach Duisburg-Marxloh oder in den Görlitzer Park in Berlin-Kreuzberg wirft, wird eines Besseren belehrt." [3] Die jüngste Ausgabe des "Spiegel" bringt einen Beitrag des Schriftstellers Botho Strauß, in dem dieser vor einer "Flutung des Landes mit Fremden" warnt. Diese "Flutung" bringe "eine Mehrzahl solcher" nach Deutschland, "die ihr Fremdsein auf Dauer bewahren und beschützen", behauptet Strauß, der sich selbst in die Tradition ultrarechter Intellektueller der 1920er Jahre stellt. "Oft bringt erst eine intolerante Fremdherrschaft ein Volk zur Besinnung", orakelt Strauß: "Dann erst wird Identität wirklich gebraucht." Der Beitrag ist unter der Überschrift "Der letzte Deutsche" erschienen. [4]

Rassistische Angriffe

Während zunehmende Teile des deutschen Establishments auf Distanz zur Aufnahme von Flüchtlingen gehen, hält die rassistische Gewalt in Deutschland auf hohem Niveau an. Beobachter verzeichneten allein in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres 330 Angriffe auf Unterkünfte von Flüchtlingen. In 271 Fällen seien rechtsgerichtete Schmierereien verübt oder gefährliche Stein- und Böllerwürfe, teils

sogar Schüsse abgegeben worden, heißt es in einer gemeinsamen Auflistung der Amadeu Antonio Stiftung und von Pro Asyl. In 59 Fällen habe es sich um Brandanschläge gehandelt.[5] Dabei fällt auf, dass die behördlichen Angaben stets deutlich unter der Zahl der Straftaten liegen, die unabhängige Experten registrieren. So listet das Bundeskriminalamt (BKA) von Anfang Januar bis Mitte September 26 Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünften auf.[6] Das "antifaschistische pressearchive und bildungszentrum berlin" (apabiz) hingegen verzeichnet für den selben Zeitraum 63 Brandanschläge.[7] Davon seien 37 gegen schon bewohnte Unterkünfte gerichtet gewesen; die Täter hätten also die Gefährdung von Leib und Leben der Bewohner zumindest billigend in Kauf genommen. Am gestrigen Montag wurde der erste tote Flüchtling in einem brennenden Flüchtlingsheim im thüringischen Saalfeld gefunden; Brand- und Todesursache war den Behörden zufolge noch unklar. Dass zuvor noch kein Flüchtling bei einem Brandanschlag zu Tode gekommen war, war nur glücklichen Umständen zu verdanken.

Alltägliche Gewalt

Was die abstrakten Zahlen im praktischen Leben bedeuten, lässt sich exemplarisch anhand von Berichten der "Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt" im Bundesland Sachsen-Anhalt nachvollziehen. So verkeilten am späten Abend des 30. August in Merseburg unbekannte Täter eine Spraydose an der Eingangstür eines soeben erst eröffneten Interkulturellen Begegnungszentrums. Obwohl in den darüber liegenden Wohnräumen Licht brannte, übergossen sie die Dose mit einer brennbaren Flüssigkeit und steckten sie in Brand. Ein nur zufällig rechtzeitig heimkehrender Flüchtling konnte das Feuer löschen und eine Katastrophe verhindern. Erst am Vortag war ein 21-jähriger Flüchtling auf einem traditionellen Stadtfest in Halle (Saale) von sechs bis acht Tätern rassistisch beschimpft, getreten und geschlagen worden. Zwei Tage danach verprügelten Unbekannte ebenfalls in Halle einen 47-jährigen Mann schwarzer Hautfarbe.[8] Die Berichte, die die zeitliche Dichte der Gewalt erkennen lassen, beziehen sich allein auf das Bundesland Sachsen-Anhalt. Die Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt zählte in den ersten neun Monaten des laufenden Jahres 122 politisch rechts motivierte Gewalttaten in Sachsen-Anhalt, von denen 189 Personen betroffen waren. Dies waren bereits mehr Gewalttaten als im Gesamtjahr 2014 (111). Rund zwei Drittel seien - wie die geschilderten Beispiele - rassistisch motiviert gewesen, teilt die Beratungsstelle mit.[9]

Herbstoffensive

Bestärkt fühlen können sich rassistische Gewalttäter in diesen Tagen durch das Wiederaufleben rassistischer Demonstrationen. So bringt "Pegida" in Dresden mittlerweile wieder 8.000 Personen auf die Straßen. Die Bewegung radikalisiere sich gegenwärtig, warnen Beobachter. "Pegida"-Gründer Lutz Bachmann habe unlängst Asylbewerber beschuldigt, "raubend, teilweise vergewaltigend, stehend und prügelnd" durch deutsche Städte zu ziehen, heißt es; "Pegida"-Demonstranten hätten mehrere Journalisten geschlagen und getreten.[10] Am Wochenende protestierten allein in Sachsen beinahe 10.000 Menschen gegen Flüchtlinge: Gut 1.000 gingen jeweils in Chemnitz und Görlitz, 2.500 in Sebnitz und rund 5.000 in Plauen auf die Straßen. Im thüringischen Erfurt ruft inzwischen die "Alternative für Deutschland" (AfD) zu Demonstrationen auf, die sich im Rahmen einer "Herbstoffensive" gegen Flüchtlinge richten. Zuletzt demonstrierten dabei bis zu 5.000 Personen; Teilnehmer griffen Gegendemonstranten an, darunter Gewerkschafter sowie Parlamentarier. In Sachsen käme die AfD bei Wahlen zur Zeit auf 13 Prozent; gleichzeitig würde die NPD Umfragen zufolge die Fünf-Prozent-Hürde überschreiten. Offen rassistische Kräfte könnten damit bereits auf ein Fünftel aller Stimmen hoffen.

Hassreden

Unter dem Eindruck der Entwicklung hat der Menschenrechtskommissar des Europarats, Nils Muižnieks, letzte Woche seine "Sorge" darüber geäußert, "dass sich Rassismus und Intoleranz in Deutschland verbreiten". Zwar habe es in jüngster Zeit "eine bemerkenswerte Mobilisierung der Zivilgesellschaft ... zugunsten einer vielfältigen deutschen Gesellschaft" gegeben. Doch könne dies nicht über den "Anstieg von Hassverbrechen in Deutschland" hinwegtäuschen. Muižnieks verweist unter anderem die zunehmenden Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und auf Migranten und weist zudem darauf hin, dass durch "Rassismus angefeuerte Hassreden" - gemeint ist beispielsweise die Agitation von Pegida gegen Flüchtlinge - "in öffentlichen Debatten auftauchen, ohne dass sie immer eindeutig verurteilt werden". Zum Beleg nennt der Menschenrechtskommissar des Europarats das ehemalige Bundesbank-Vorstandsmitglied Thilo Sarrazin (SPD), dessen "rassistische Äußerungen" nicht "wirksam" sanktioniert worden seien.[11] Im Gegenteil: Sarrazins Thesen wurden von führenden deutschen Medien

breitenwirksam publiziert - ganz wie zuletzt etwa die Warnung vor einer angeblichen "Flutung des Landes mit Fremden".

Mehr zum Thema: [Willkommen in Deutschland](#) , [Zu Gast bei Freunden](#) und [Zu Gast bei Freunden \(II\)](#) .

[1] "Es droht ein Kollaps mit Ansage". [www.br.de](#) 04.10.2015.

[2] SPD: Merkel soll drohende Überlastung anerkennen. [www.faz.net](#) 03.10.2015.

[3] Jörg Baberowski: Europa ist gar keine Wertegemeinschaft. [www.faz.net](#) 14.09.2015.

[4] Entwurzelt unter Entwurzelten. [www.spiegel.de](#) 02.10.2015.

[5] Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle 2015. [mut-gegen-rechte-gewalt.de](#).

[6] Ulla Jelpke, Martina Renner: Zahl rechter Angriffe auf Flüchtlinge steigt weiter. [www.linksfraktion.de](#) 30.09.2015.

[7] Auswertung von rechten Straftaten gegen Asylunterkünfte und extrem rechten Aufmärschen. Oktober 2014 bis Juni 2015. [antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin \(apabiz\)](#), Oktober 2015.

[8] Chronik 2015. [www.mobile-opferberatung.de](#).

[9] Massiver Anstieg rechter und rassistischer Gewalt in Sachsen-Anhalt. Pressemitteilung der Mobilien Beratung für Opfer rechter Gewalt. Halle, 02.10.2015.

[10] Stefan Locke: Wie sich Pegida radikalisiert. [www.faz.net](#) 30.09.2015.

[11] Bericht von Nils Muižnieks, Menschenrechtskommissar des Europarats, nach seinem Besuch in Deutschland am 24. April und vom 4. bis zum 8. Mai 2015. Strasbourg, 01.10.2015. S. auch [Elite gegen Unterschicht](#) , [Die politische Mitte](#) und [Herrschaftsreserve](#) .

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com